

Sozialarbeit im Vordergrund.

Die Sozialarbeit des Reichskabinetts ist in vollem Gange. Mit der Verordnung, die das Kabinett in einer mehr als vierstündigen Sitzung am Donnerstagabend zum Beschluß ergab, ist diese Arbeit nämlich noch nicht beendet. Verschiedene Fragen sind noch ungeklärt geblieben, und so wird denn in der kommenden Woche die Regierung in einer Reihe von weiteren Sitzungen das Menschenmögliche tun, um bestehende Härten auszuräumen. Es muß bei dieser Gelegenheit betont werden, daß es von aller Anfang an das Bestreben der nationalen Kreise gewesen ist, die bei der Amtsübernahme der Regierung von Papen zwangsläufig eingetretenen Härten abzumildern, sobald irgendeine Möglichkeit hierfür bestand. Und man wird sich vielleicht erinnern, daß der damalige Reichskanzler von Papen den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei, die wegen der einschlägigen Frage bei ihm vorstellig geworden waren, die Zusicherung gegeben hatte, daß die Abmilderung nunmehr nicht länger auf sich warten lassen werde. Und wäre es dann nicht zu den verschiedenen Störungen im organischen Ablauf der politischen Ereignisse gekommen, so ständen wir heute sicherlich bereits weiter. So aber mußte man noch einige Zeit länger unter der unseligen Erbschaft leiden, die ein schwarzes System uns hinterlassen hat, das unter marxistischem Einfluß und unter marxistischer Führung jeder Sozialpolitik abhold war und den Sozialismus auf seine Fahnen schrieb. So hat denn das Reichskabinett den Anfang mit der sozialpolitischen Notverordnung gemacht und die weiteren Beratungen werden uns noch einige wichtige Entscheidungen, namentlich für die Kernfragen der Armen und für die Kriegsbeschädigten, bringen. Man kann natürlich nicht von heute auf morgen Wunder schaffen, und die Mittel, über die man im Augenblick noch verfügt, sind, was jeder verstehen wird, nicht allzu reich bemessen. Man wird es deshalb wohl richtig einschätzen, wenn man hört, daß von einer Einsparung von nicht weniger als 24 Millionen Mark die Rede ist, die aufgefassen werden soll, um sozialpolitische Härten auszuräumen.

So entstehen denn die neuen Vorschriften über die Anrechnung der Renten aus der Reichsversicherung und der Beamtenpension auf die Leistungen aus der sozialen Versicherung, die Bestimmungen für Kinderzulagen und Waisenrenten, bei denen die Altersgrenze heraufgesetzt wird, die Neuregelung im Interesse der Kriegsbeschädigten und Kriegeshinterbliebenen, die finanziellen Zuwendungen für die Eigenheime, die Zusatzrentenbestimmungen für Witwen, für Zuschüsse an verlorungsrechtigte Offiziere, die Sonderzuwendungen für studierende Kriegswaisen und Kriegsbeschädigte, um nur die hauptsächlichsten Posten zu nennen. Natürlich konnte nicht alles erledigt werden, und es wird allgemein bedauert, daß sich bei der Anrechnung, die 50-Pfennig-Gebühr für Krankenscheine zu beseitigen, so erhebliche Schwierigkeiten ergaben, Schwierigkeiten allerdings nur rein technischer Natur, daß die Sache nicht einmal auf dem Kompromißwege — einer Halbierung der Gebühr nämlich — erledigt werden konnte. Aber, wie man hört, ist das Kabinett nicht gekommen, auf die Neuregelung der Krankenschein-Gebühr zu verzichten, und so ist denn mit Sicherheit damit zu rechnen, daß diese Frage in einer der nächsten Sitzungen der Reichsregierung ihre Erledigung findet. So geht es denn vorwärts, wenn auch nur Schritt für Schritt, aber die ersten Erfolge sind da, und man sieht einen Weg vor sich. Das ist schon genug, auf jeden Fall aber unendlich viel mehr als das, was die Experimentierheiden einer überwundenen Epoche uns zugemutet.

Staatssekretär für Handwerk und Mittelstand.

Berlin, 18. Februar. (Eigener Dienst.) Im Zuge der neuen Wirtschaftspolitik, die durch den Krisenminister Dr. Hugenberg eingeleitet wird, ist die Einrichtung eines Staatssekretariats für Handwerk und Mittelstand von vornherein beabsichtigt gewesen. Der Reichskanzler empfing am Freitagvormittag das Präsidium des Reichsverbandes des deutschen Handwerks. Bei dieser Gelegenheit betonte Hitler, daß die Reichsregierung vorbehaltlos von der entscheidenden Bedeutung des gewerblichen Mittelstandes für den Wiederaufbau der Wirtschaft überzeugt sei. Er gab die Zusage, daß ein Vertrauensmann der mittelständischen Wirtschaft an eine entscheidende Stelle berufen werden soll. Daraus muß der Schluß gezogen werden, daß die Einrichtung des Staatssekretariats für Handwerk und Mittelstand bevorsteht. Diese Entscheidung ist um so mehr zu begrüßen, als dadurch die Sorge für die berechtigten wirtschaftlichen Belange noch mehr als bisher in einer organisatorischen Form zum Ausdruck kommt. Gerade die mittelständischen Schichten haben vielfach in dem ersten Aufruf der Reichsregierung eine Betonung des in ihnen ruhenden wirtschaftlichen Eigenwertes gegenüber der Landwirtschaft einerseits und der Industriearbeiterschaft andererseits vermisst. Das neue Bekenntnis der Reichsregierung zu mittelständischer Politik, das im übrigen nicht eine Wahlversprechung, sondern der Ausdruck der eigentlichen Wirtschaftspolitikkonzeption der nationalen Front ist, wird dazu beitragen, die Front der aufbauenden wirtschaftlichen Kräfte zu stärken, die bei den kommenden Entscheidungen hinter der nationalen Regierung stehen.

Mahnahmen des Kabinetts zur Pflege des Getreidemarktes.

Berlin, 17. Febr. In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurden neue Vorschläge des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hugenberg für die Pflege des Getreidemarktes angenommen. Danach sollen vor allem neue zusätzliche Absahmöglicheiten für Getreide erschlossen werden, während andererseits ausländisches Getreide jeder Art, abgesehen von Austauschgetreide, vom Markt ferngehalten werden wird. Hiernach wird, mögen auch im ganzen beträchtliche Getreidemengen vom Reich ausgenommen werden, in der öffentlichen Hand Getreide nur im Rahmen einer von jedem Standpunkt aus vertretbaren nationalen Reserve magaziniert bleiben.

Die verstärkte Preispflege des Getreidemarktes wird sich nicht wie bisher nur auf Weizen und Roggen, sondern auch auf Hafer erstrecken. Im einzelnen handelt es sich besonders um Maßnahmen zur Förderung der Verfütterung von Roggen in Verbindung mit Kartoffellocken bei der Schweinemast und von echniertem Weizen an Hühner. Zur

Förderung der Ausfuhr von Mähererzeugnissen aus Weizen und Roggen wird das Ausfuhrsteuersystem wieder eingeführt. Darüber hinaus sind besondere Ausfuhrmöglichkeiten, vornehmlich für Hafer, erschlossen worden. Die für die Durchführung noch erforderliche Klärung der Einzelheiten ist sofort eingeleitet worden, so daß in aller Kürze mit einem Wirksamwerden der Maßnahmen zu rechnen ist.

Der Reichswehrminister in Kiel.

Kiel, 17. Februar. Die Veranstaltungen, die am Freitag aus Anlaß des Besuchs des Reichswehrministers von Blomberg und des Chefs der Marineleitung, Admiral Raeder, in Kiel vorgesehen sind, haben am Vormittag mit einem Besuch beim Stationschef ihren Anfang genommen. Kurz vor 10 Uhr erschienen der Reichswehrminister und Admiral Raeder im Kraftwagen vor dem Gebäude der Marineleitung, auf dem außer zwei Reichskriegsflaggen und der Nationalflagge auch die Admiralsflagge wehte. Nach einer Ansprache des Reichswehrministers an das Offizierskorps fand ein Besuch beim Flottenchef auf dem Schiff „Schleswig-Holstein“ statt. Beim Anbordgehen der hohen Gäste wurden 19 Schuß Salut gefeuert und beim Verlassen des Schiffes der zuständige Rangsalut. Danach begab man sich nach den Deutschen Werken, wo die Gäste von Direktor Serne in Empfang genommen wurden. Anschließend wurde eine Besichtigung des Panzerschiffes „Deutschland“ vorgenommen.

Auf dem Kasernenhof in der Bül waren die Truppen des Standortes Kiel und die Abordnungen der Flottenstreitkräfte am Freitagmorgen in einem großen Viereck angetreten, als der Reichswehrminister General von Blomberg in Generalsuniform und der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Raeder, die Front absprachen.

Der Reichswehrminister hielt eine Ansprache.

In der er ausführte: „Ich bin stolz, als euer Reichswehrminister vor eurer Front stehen zu können. Als mich das Vertrauen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auf diesen Posten rief, da waren es zwei Punkte, die mich besonders stolz machten, einmal, daß ich das Amt einer Regierung sein durfte, hinter der Millionen deutscher nationaler Männer stehen, und zweitens, daß ich durch meine jetzige Stellung als Befehlshaber der Wehrmacht in ein besonderes Verhältnis zur Reichsmarine trete. Ich habe in den letzten Jahren als Befehlshaber in Ostpreußen die Marine kennengelernt und habe erfahren, welche entscheidend wichtige Rolle die Reichsmarine für die Verteidigung des Vaterlandes ausfüllen soll. Das deutsche Volk erlebt in diesen Tagen, in diesen Wochen und Monaten eine besondere innere Bewegung. Da steht die Welt besonders vor der Wehrmacht, denn

wie vertreten in vorderster Linie die deutsche Ehre und das deutsche Ansehen.

ja noch mehr, jeder weiß, daß wir Soldaten herausgehoben sind aus dem politischen Kampf des Tages. Für uns gibt es keine Parteien, und es gibt auch keine Klasse. Für uns gilt nur das ganze Deutschland, und mit uns fühlen viele Millionen deutscher Männer. Sie fühlen mit uns, und sie wissen, daß es für einen wahren deutschen Mann nur eines gibt: für Deutschland zu leben, für Deutschland zu kämpfen und für Deutschland zu sterben.“ — Der Reichswehrminister schloß seine Ansprache mit einem dreifachen Hurra auf das deutsche Deutschland.

Sitters Abrechnung mit dem Marxismus.

Wahlkundgebung in Dortmund.

mit Dortmund, 17. Februar. (Draht.) In der riesigen Westfalenhalle sprach heute abend Reichskanzler Adolf Hitler. Seine Rede wurde auf vier Plätze der Stadt durch Lautsprecher übertragen. Er bezeugte den 30. Januar als den Anfang einer geschichtlichen Wende. Als ich in diesen Tagen, so fuhr er fort, vier Jahre Ruhe für meine Arbeit forderte, da traten die Gegner auf den Plan und verlangten, ich sollte in viel kürzerer Frist das wieder gutmachen, was sie in 14 Jahren verbrochen haben. Ich hätte ja vier Wochen als Frist angeben können, aber ich wollte nicht unser Regiment mit einer Lüge beginnen. Die Gegner möchten vier Jahre für sich haben, um die Politik, die sie 14 Jahre lang betrieben haben, fortzusetzen. Wir meinen, diese Politik war nicht so gut, daß das Volk ihre Fortsetzung verlangt. Die Gegner erweckten den Eindruck, als sollte das Volk am 5. März über uns zu Gericht sitzen. Tatsächlich aber soll über ihre eigene Politik der letzten 14 Jahre abgeurteilt werden. Sie verlangen von uns die Vorlegung eines Programms, aber sie schämen sich heute, das Programm zu wiederholen, mit dem sie 1918 das Volk auf die Barrikaden gelockt haben.

Damals versprachen sie

den Anbruch einer Zeit der Schönheit, der Freiheit, der Würde, der Gleichheit und Brüderlichkeit, des sozialen Glückes, der sozialen Gerechtigkeit, der Säuberung des Staates und seiner Institutionen von allen Erscheinungen der Korruption, das Ende jeglicher Bürokratie, eine Zeit der Bitterversöhnung, des Weltfriedens, der Weltverständigung, einer Zeit, in der alle Schäden und Schwächen der Vergangenheit überwunden werden würden. Heute reden sie nicht mehr von diesem Programm, weil sie nichts davon erfüllt haben. Unter stürmischen Beifallsstürmen der Versammlung wiederholte der Kanzler die in Stuttgart abgegebene Erklärung, diejenigen hätten kein Recht, heute nach Freiheit zu rufen, die 14 Jahre lang dem nationalen Teil des Volkes die Freiheit genommen hätten. Ja, fügte der Kanzler hinzu, wir wollen der Nation die Freiheit geben, indem wir sie befreien von denen, die niemals diese Freiheit verdienten.

Wenn heute Herr Braun sagt, er habe nichts ange stellt, so führen wir nur als Beispiel an die zwei Millionen, die er dem bekannten Fond entnommen hat. Wie sind jetzt darauf gekommen, daß es tatsächlich viel größere Summen waren, die von den Herren verwendet worden sind für Zwecke, die sie selbst nicht zugeben wollten. (Bul-Rufe.) Herr Braun sagt, er sei berechtigt gewesen, das Geld so zu verwenden. Wir antworten ihm: Sie haben Millionen aus Steuergeldern verwendet für ihre Partei, aber Sie haben über 700 000 Mark im letzten Jahre ausgegeben, für die Sie

überhaupt keinen Beleg haben (minutenslang anhaltende Entrüstungsstürme). Die Herren wissen darauf keine Antwort. Das ist nur ein einziger Teil. Wir werden in diese Korruption viel Licht hineinbringen (stürmischer Beifall). Wir werden in den nächsten Wochen dem deutschen Volk eine ganz ungeheuerliche Generalbilanz aufmachen, damit es klar erkennt, welche heillosen Mißwirtschaft in den letzten 14 Jahren von den bisherigen Inhabern der Macht betrieben worden ist, die nur dem Schicksal folgen: „Nach uns die Sintflut“. Niemals hat eine von der Herrschaft verdrängte Schicht so wenig Heroismus und innere Größe bewiesen wie diese Herren, die nur beherrscht sind von dem Gedanken, der Himmel möge verhüten, daß sie uns auf unsere Schliche kommen. Die gewaltige Arbeit, das deutsche Volk aus diesem Zerfall herauszuheben, werde ich mit derselben japanischen Energie aufnehmen, wie ich vor 14 Jahren als halbblinder Kriegskrieger unsere Bewegung aufgebaut habe (stürmischer Beifall). Was ich in den 14 Jahren in dieser Bewegung erreicht habe, das will ich nun für das ganze deutsche Volk erreichen. Das neue Deutschland darf nicht wieder die einseitige Herrschaft von Klassen und Ständen bringen; sondern es soll über Klassen und Stände hinweg das deutsche Volk in allen seinen Ständen und Berufen vereinen zu einem deutschen Deutschland. Dieses neue Deutschland soll sich stützen auf die große Kraftquelle, die wir nicht verloren haben, den deutschen Bauern, den deutschen Handarbeiter und den deutschen Geistesarbeiter. Der wirtschaftliche Aufstieg und das soziale Glück, das wir für unser Volk erreichen wollen, kann sich nur entwickeln in einem Zusammenwirken der Kräfte. Für dieses große Werk des Wiederaufbaues wollen wir das ganze deutsche Volk gewinnen.

Der Kanzler schloß seine Rede mit der Zuversicht, daß das ganze deutsche Volk endlich wieder den Weg zu sich selbst finde und damit erreiche, daß aus unserem verfallenen Vaterland wieder wird das Deutschland der inneren Größe, der Kraft und damit auch der Herrlichkeit für unsere Kinder.

Stürmischer, langanhaltender Beifall folgte dem Schluß der Rede.

„Kein Zurück mehr in den Parlamentarismus.“

Rede Oberführers in Köln.

mit Köln, 17. Februar. (Draht.) In einer von der Deutschnationalen Volkspartei einberufenen Wahlkundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot sprach heute abend in der Belegelochung in Köln der Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberführer. Die Deutschnationalen seien, so führte er aus, dem Nationalsozialismus dankbar, daß er den Gedanken der einseitigen Parteidiktatur aufgegeben habe. Die neue Verbindung der nationalen Kräfte sei allerdings der letzte Trumpf der nationalen Bewegung. Vor allem müsse ein Zurücktreten in den Parlamentarismus verhindert werden. Man habe allerdings von der neuen Regierung zunächst Handlung und Leistung erwartet, statt der Ausschreibung der Wahlen. Mit der Säuberung der preussischen Verwaltung sei noch nicht alles getan. Darüber herrsche kein Zweifel: wie die Wahl auch ausfalle, diese Regierung bleibe oben. Nach der Wahl werde nicht mehr Parlament gespielt, sondern die Regierung bekomme ein Ermächtigungsgesetz und der Reichstag werde nach Hause geschickt. Besondere Aufgabe der Wirtschaftspolitik sei die endgültige Niedermegung des Sozialismus. Wichtige Aufgaben der Regierung seien die Klärung der Schuldenfrage, die noch-malige endgültige Aufwertung des Kreditproblems, die Erreichung der Gleichberechtigung Deutschlands unter Berücksichtigung der Wehrmacht und nicht zuletzt die energische Inangriffnahme der Beseitigung der Kriegsschuldenfrage.

Die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.

Berlin, 16. Februar. Die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot teilt mit: „Die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot hat mit dem heutigen Donnerstag ihre Arbeit aufgenommen. In einer großzügig ausgebauten Propagandaarbeit in Presse und Rundfunk, durch Flugzeugplakate und Flugblätter wird das deutsche Volk für die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot zum 5. März aufgerufen. Der Reichsminister von Papen, Hugenberg und Franz Sedlitz werden in großen Kundgebungen in allen deutschen Städten sprechen. Ihre Reden werden zum Teil durch Rundfunk verbreitet werden. Die Führer der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot sind sich dabei der Tatsache voll bewusst, daß in einer Zeit fürchterlicher Not Sparsamkeit in Propagandakosten der Lage Deutschlands entspricht. Der Gedanke der überparteilichen Zusammenfassung aller aufbauwilligen deutschen Volksträfte soll entscheidend für Deutschland werden.“

Aufruf des Evangelischen Bundes.

Berlin, 16. Februar. Das Präsidium des Evangelischen Bundes erläßt zu den Märzahlen einen Aufruf, in dem es heißt: Die neue Reichsregierung ist aus der völkischen Neuordnung hervorgegangen; sie will mit den noch vorhandenen starken nationalen Kräften des eigenen Volkes in bewußtem Glauben auf dem Trümmerfeld der unseligen Novemberrevolution des Jahres 1918 ein neues, freies, geeintes Deutschland aufbauen. 14 Jahre lang haben die international gebundenen Mächte, Zentrum, Sozialdemokratie und Kommunismus, der deutschen Politik und dem kulturellen Leben unseres Volkes das Gepräge gegeben. Nun soll im Kampf gegen sie die Erneuerung Deutschlands von innen heraus beginnen.

Evangelische Christen, erkennt den Ernst und die Verheißung dieser Wahlentscheidung! Es geht bei ihr nicht um Einzelparteien und ihre mehr oder weniger bedeutigen Bestrebungen; sondern um eine politische Weltbewegung. Laßt deshalb alle Bedenken fahren und kämpft durch eure Stimmen mit dafür, daß die nationale Bewegung auf gesetzlichem Wege zum Siege kommt. Tretet hinter die Männer der gegenwärtigen Regierung, um ihnen Gelegenheit zu schöpferischer Arbeit zu geben. Seid eurer Verantwortung eingedenk: Es geht um Deutschlands Rettung!